Die wichtigsten Daten der Zuger- und Schweizer Geschichte

1291	Bundesbrief der drei Orte Uri, Schwyz, Unterwalden
1315	Schlacht bei Morgarten
1352	Eintritt von Stadt und Amt Zug in den eidgenössischen Bund
14./15. Jhd.	Die Stadt Zug eignet sich Walchwil, Steinhausen, Cham, Hünenberg, Gangolfswil (Risch-Rotkreuz) und das heutige aargauische Oberrüti als Vogteien an.
1415	Die Stadt Zug erhält vom deutschen König Sigismund die Reichsfreiheit
1435	Am 4. März versinkt ein Teil der Zuger Altstadt im See und reisst 60 Menschen in den Tod
1523	In Zürich löst Ulrich Zwingli durch Predigten und Handlungen die Reformation aus. Die Eidgenossenschaft wird durch den neuen Glauben gespalten. Die meisten Stadtorte, aber auch einzelne Landorte werden reformiert. Katholisch bleibt die Innerschweiz mit Luzern, Zug und Freiburg und Solothurn.
1529	Kappeler Milchsuppe
1531	Schlacht bei Kappel
1531	Schlacht auf dem Gubel
1798	Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft
1798-1803	Helvetik
1803-1814	Mediation
1814-1815	Am Wiener Kongress garantieren die Grossmächte die Unabhängigkeit
	und die Neutralität der Schweiz. Zug gehört zu den 22 gleichberechtigten
	Kantonen und umfasst 10 freie Gemeinden.
1815-1830	Restauration
1831-1847	Regeneration
1847	Sonderbundskrieg
1848	Gründung des Bundesstaates
1874	Revision der Bundesverfassung mit Einführung des Referendums
1891	Einführung der Verfassungsinitiative im Bund
1894	Zuger Kantonsverfassung legt Proporzsystem für die Wahl aller Behörden fest
1934	Philipp Etter aus Menzingen, in Zug, wird erster Zuger Bundesrat
1971	Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen
1973	Hans Hürlimann aus Walchwil, in Zug, zweiter Zuger Bundesrat
1992	Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum EWR
1998	Der Kanton Zug gewinnt an den Olympischen Spielen in Nagano durch Patrick
	Hürlimann Gold im Curling, Marcel Rohner Silber im Bob und Colette Brand
	Bronze in der Skiakrobatik
1999	Revision der Bundesverfassung
2000	Annahme der Abkommen mit der EU (Bilaterale I)
2001	Attentat auf das Kantonsparlament Zug
2002	Beitritt der Schweiz zur UNO
2005	Annahme der Abkommen mit der EU (Bilaterale II)
2009	Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU